

MUSTERLÖSUNG

A. Erfüllungsanspruch aus § 433 Abs. 1 S. 1 BGB

Jörg (J) könnte vom Weingut (W) gemäß § 433 Abs. 1 S. 1 BGB die erneute Lieferung der 12 bestellten Weinflaschen verlangen.

Voraussetzung ist ein bestehender Erfüllungsanspruch aus einem Kaufvertrag.

I. Anspruch entstanden

Zunächst müsste zwischen J und W ein wirksamer Kaufvertrag durch zwei übereinstimmende Willenserklärungen zustande gekommen sein. Indem J hier telefonisch (§ 147 Abs. 1 S. 2 BGB) bei W die Lieferung von 12 Weinflaschen für 600 Euro orderte und ihm die Verfügbarkeit bestätigt wurde, ist ein Kaufvertrag zustande gekommen. Ein Erfüllungsanspruch aus § 433 Abs. 1 S. 1 BGB ist somit entstanden.

II. Anspruch erloschen

Fraglich ist indes, ob der Anspruch weiterhin besteht oder ihm eine rechtsvernichtende Einwendung entgegensteht.

1. Erfüllung, § 362 Abs. 1 BGB

Der Anspruch könnte durch die Übergabe des Paketes von W an das Speditionsunternehmen (S) bereits nach § 362 Abs. 1 BGB erloschen sein. Dazu müsste die geschuldete Leistung an den Gläubiger bewirkt worden sein. Entscheidend ist dabei nicht die Vornahme der Leistungshandlung, sondern der Eintritt des Leistungserfolges¹.

Vorliegend hat W an S das Weinpaket zur Lieferung an J übergeben. Allerdings gelangte dieses aufgrund eines (unverschuldeten) Unfalls des Transportwagens, bei dem alle Flaschen zerstört wurden, niemals zu J. Der Leistungserfolg ist damit nicht eingetreten, die Leistungspflicht des W nicht wegen Erfüllung gemäß § 362 Abs. 1 BGB erloschen².

2. Unmöglichkeit, § 275 Abs. 1 BGB

Der Anspruch nach § 433 Abs. 1 S. 1 BGB könnte indes wegen Unmöglichkeit nach § 275 Abs. 1 BGB untergegangen sein.

Voraussetzung ist, dass die Erbringung der geschuldeten Leistung für den Schuldner oder jedermann unmöglich geworden ist. Nach dem Kaufvertrag mit J war W zur Lieferung von 12 von ihm exklusiv abgefüllten Flaschen verpflichtet. Im Telefonat äußerte W hierzu, dass „der Bestand allmählich zur Neige ginge“, womit es sich - auch für J ersichtlich (§§ 133, 157 BGB) - um eine Vorratsschuld handelte. Gleichwohl könnte sich das Schuldverhältnis gemäß § 243 Abs. 2 BGB mit der Übergabe der 12 aus dem Vorrat ausgesonderten Flaschen an S auf eben diese beschränkt haben (sog. Konkretisierung)³. Dazu muss der Schuldner das zur Leistung

seinerseits Erforderliche getan haben. Da W mit der Paketübergabe seine Leistungshandlung vollständig erbracht hat, ist dies anzunehmen. Mithin war das Schuldverhältnis auf die Lieferung der 12 bei S befindlichen Sachen beschränkt, sodass die Leistungserbringung infolge der Zerstörung unmöglich geworden ist.

Im Übrigen würde Unmöglichkeit ebenso vorliegen, wenn es nicht zur Konkretisierung gekommen wäre und deshalb weiterhin die Leistung irgendwelcher Flaschen aus dem Vorrat geschuldet wäre. Denn wie sich im Telefonat einige Tage später zeigte, hat W keine Flaschen des besonderen Jahrgangs mehr vorrätig.

Der Anspruch des J ist also nach § 275 Abs. 1 BGB untergegangen.

III. Ergebnis

Demzufolge hat J keinen Anspruch auf erneute Lieferung der Flaschen gemäß § 433 Abs. 1 S. 1 BGB.

B. Schadensersatzanspruch aus §§ 280 Abs. 1, 3, 283 BGB

J könnte gegen W indes einen Anspruch auf Schadensersatz i.H.v. §§ 280 Abs. 1, 3, 283 BGB geltend machen. Erforderlich ist eine von W zu vertretene Pflichtverletzung aus einem Schuldverhältnis mit J.

I. Schuldverhältnis

Durch den von W und J über die Weinflaschen geschlossenen Kaufvertrag liegt ein Schuldverhältnis i.S.d. § 280 Abs. 1 BGB vor.

II. Pflichtverletzung

Des Weiteren müsste W eine Pflicht aus dem Schuldverhältnis verletzt haben. In Betracht kommt eine Pflichtverletzung in Form der Unmöglichkeit (§ 283 BGB). Fraglich ist indes, worin die Pflichtverletzung konkret liegt: entweder genügt es für die Annahme einer Pflichtverletzung bereits, dass der Schuldner durch den Eintritt der Unmöglichkeit von der Primärleistungspflicht befreit ist oder es muss zusätzlich noch ein zur Unmöglichkeit führender Verhaltensverstoß des Schuldners als weitere Voraussetzung der Schadensersatzpflicht bereits im Rahmen der objektiven Pflichtverletzung hinzutreten⁴.

Nach der ersten Ansicht wäre eine Pflichtverletzung vorliegend also schon aufgrund des Ausschlusses der Leistungspflicht des W nach § 275 Abs. 1 BGB gegeben. Gemäß der zweiten Ansicht müsste J dagegen weiterhin einen Verhaltensverstoß des W nachweisen können. Gleichwohl würde letztere Auffassung dazu führen, dass die Beweislastregel des § 280 Abs. 1 S. 2 BGB zuungunsten des Gläubigers ausgehöhlt würde. Denn den objektiven Verhaltensverstoß im Rahmen der Pflichtverletzung müsste der Gläubiger beweisen, was dem Sinn und Zweck der Beweislastverteilung in § 280 Abs. 1 S. 2 BGB widerspräche. Daher ist die Pflichtverletzung nach § 283 BGB bereits im bloßen Nichterhalt der Leistung durch den

Eintritt der Unmöglichkeit nach § 275 Abs. 1 BGB zu sehen. W hat somit eine Pflicht aus dem Schuldverhältnis gegenüber J verletzt.

III. Vertretenmüssen

Ferner müsste W die Pflichtverletzung zu vertreten haben. Gemäß § 276 Abs. 1 S. 1 BGB hat der Schuldner Vorsatz und Fahrlässigkeit zu vertreten, wenn keine abweichende Haftung bestimmt ist. Nach § 280 Abs. 1 S. 2 BGB wird dies vermutet, sodass der Schuldner nachweisen muss, dass er die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat.

Vorliegend sind die für J gedachten Weinflaschen auf dem Transportweg untergegangen, also ohne dass W hierfür ein eigenes Verschulden anzulasten ist. Ein etwaiges Verschulden von S könnte ihm allenfalls nach § 278 S. 1 BGB zugerechnet werden, wenn dieser sein Erfüllungsgehilfe wäre, also mit Wissen und Wollen des Geschäftsherrn in dessen Pflichtenkreis als seine Hilfsperson tätig wurde. Allerdings handelte es sich vorliegend um eine Schickschuld. W hat den Transport selbst also nicht geschuldet, sodass S auch nicht in die Erfüllung einer solchen Schuld eingebunden sein konnte. S war folglich nicht Erfüllungsgehilfe i.S.d. § 278 S. 1 BGB⁵. Überdies traf auch S kein Verschulden am Unfall, sodass auch deshalb eine Zurechnung ausscheidet. Mithin kann sich W nach § 280 Abs. 1 S. 2 BGB exkulpieren.

IV. Ergebnis

Mithin hat J auch keinen Schadensersatzanspruch gegen W gemäß §§ 280 Abs. 1, 3, 283 BGB.

C. Rückerstattungsanspruch aus §§ 346 Abs. 1 i.V.m. § 326 Abs. 4, 1 S. 1 BGB

Schließlich kommt ein Anspruch des J gegen W auf Rückerstattung der 600 Euro aus §§ 346 Abs. 1 i.V.m. § 326 Abs. 4, 1 S. 1 BGB in Betracht. Dazu müsste es sich bei dem gezahlten Kaufpreis um eine nicht geschuldete Gegenleistung handeln.

I. Gegenseitiger Vertrag

Vorausgesetzt ist zunächst das Bestehen eines gegenseitigen Vertrages (vgl. das Wort "Gegenleistung" sowie die Überschrift des 2. Titels im 3. Abschnitt des Schuldrechts). Dieser liegt vor, wenn es sich um ein vertragliches Schuldverhältnis handelt, in dem die beiden Hauptleistungspflichten untrennbar (synallagmatisch) miteinander verbunden sind („do ut des“). Bei einem Kaufvertrag stehen und fallen die beiden Hauptleistungspflichten miteinander. Ein gegenseitiger Vertrag ist somit gegeben.

II. Bewirken der Gegenleistung

Ferner müsste J die Gegenleistung, also die Zahlung des Kaufpreises

i.H.v. 600 Euro (§ 433 Abs. 2 BGB), bereits bewirkt haben. Laut Sachverhalt hat J den Bestellwert via PayPal an W überwiesen.

Durch das PayPal-Zahlverfahren, bei dem mit PayPal als Online-Zahlungsdienstleister ein Dritter beteiligt ist, gelten einige Besonderheiten. So erhält der Gläubiger im Rahmen des Bezahlvorgangs eine weitere Forderung gegen PayPal selbst, sodass i.S.d. § 364 Abs. 2 BGB im Zweifel lediglich eine Leistung erfüllungshalber anzunehmen ist und der Gläubiger zunächst bei PayPal Befriedigung suchen soll (siehe Fetzer, in: MüKoBGB, 8. Aufl. 2019, § 362 Rn. 32). Unter Zugrundelegung der AGB von PayPal und der Interessenlage der Parteien erlischt die Kaufpreisforderung aber nach § 362 Abs. 1 BGB mit der vorbehaltslosen Gutschrift des Betrages auf dem PayPal-Konto (BGH NJW 2018, 537, 538f.). Eine etwaige spätere Rückbelastung des Kontos im Rahmen des Käuferschutzverfahrens ändert hieran nichts, denn diese betrifft nur das Verhältnis zwischen Verkäufer und PayPal (Fetzer, in: MüKoBGB, 8. Aufl. 2019, § 362 Rn. 34).

Mithin ist die Gegenleistung bewirkt.

III. Nichtschuld i.S.d. § 326 Abs. 4 BGB

Zudem müsste die Gegenleistung gemäß § 326 Abs. 4 BGB nicht geschuldet gewesen sein. Ursprünglich war J aufgrund des Kaufvertrages zur Zahlung des Kaufpreises verpflichtet. Gleichwohl könnte diese Verpflichtung gemäß § 326 Abs. 1 S. 1 BGB erloschen sein. Erforderlich ist, dass der Schuldner der Leistung seinerseits nach § 275 Abs. 1 BGB nicht zu leisten braucht. Vorliegend wurde W gemäß § 275 Abs. 1 BGB durch die Zerstörung der 12 Weinflaschen auf dem Lieferweg von seiner eigenen Leistungspflicht befreit (s. oben). Dementsprechend erlischt nach § 326 Abs. 1 S. 1 BGB auch die Gegenleistungspflicht des J. Zwar ordnet § 447 Abs. 1 BGB an, dass die Gefahr des zufälligen Untergangs beim Versendungskauf mit Übergabe der Kaufsache an den Spediteur auf den Käufer übergeht, jedoch wird dies vorliegend von § 475 Abs. 2 BGB modifiziert, da es sich bei dem Vertrag zwischen J, einem Verbraucher (§ 13 BGB) und W, einem Unternehmer (§ 14 Abs. 1 BGB), um einen Verbrauchsgüterkauf handelt. Danach trägt der Verkäufer auch bei einem Versendungskauf bis zur tatsächlichen Übergabe an den Käufer die Preisgefahr (§ 326 Abs. 1 S. 1 BGB), außer der Käufer hat den Transport selbstständig initiiert. Dies war hier nicht der Fall, die Preisgefahr trug also weiterhin W. Zudem greift eine anspruchserhaltende Norm nach § 326 Abs. 2 BGB mangels Verantwortlichkeit des J für die Unmöglichkeit bzw. eines Annahmeverzugs nicht ein. Die Kaufpreiszahlung war damit nicht geschuldet i.S.d. § 326 Abs. 4 BGB.

IV. Rechtsfolge § 346 Abs. 1 BGB

Damit kann J den gezahlten Kaufpreis nach § 346 Abs. 1 BGB

zurückfordern. Da die Leistungen grundsätzlich in Natur, also so wie sie erbracht wurden, zurückgewähren sind, richtet sich der Anspruch des J grundsätzlich auf Rückzahlung der 600 Euro per PayPal.

Wie genau die Rückzahlung zu erfolgen hat, also ob allein via PayPal oder auch eine Rückzahlung in bar mit Geldnoten möglich wäre, hängt maßgeblich davon ab, was zwischen den Parteien ursprünglich vereinbart war. Der Sachverhalt liefert hier keine näheren Anhaltspunkte. Praktisch der einfachste Weg wäre ohnehin die erfolgreiche Durchführung des PayPal-Käuferschutzverfahrens, welches das Konto rückbelastet.

D. Ergebnis

J hat damit zwar keinen Erfüllungs- oder Schadensersatzanspruch, kann aber die Rückerstattung des Kaufpreises nach §§ 346 Abs. 1 i.V.m. 326 Abs. 4, 1 BGB verlangen.